

Rede im Parlament am 24. Mai 2007

Rede zur aktuellen Stunde

„Pleiten, Pech, Pannen – Maulkorb statt schonungsloser Problemanalyse in der Berliner Justiz?“

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Die Berliner Justiz kommt nicht aus den Negativschlagzeilen: Überbelegung im Strafvollzug, Medikamentenskandal mit einem geschassten SPD-Staatssekretär, ansonsten bisher ohne Antworten, unerträgliche Terminstände bei den Berliner Gerichten, was zulasten der rechtsuchenden Bürgerinnen und Bürger Berlins geht, und ein Senat, der das Problem der Jugendkriminalität nicht in den Griff bekommt, sondern offenbar an den überkommenen Methoden der Kuschelpädagogik festhält.

Nach kurzer Zeit im Amt, steht die zuständige Senatorin allein da. Sie wirkt wie eine von Schlagzeile zu Schlagzeile Getriebene, ohne konzeptionellen Ansatz, die eben skizzierten Probleme im Bereich der Berliner Justiz in den Griff zu bekommen. Dies trägt an sich schon schwer. Wenn man sich dann aber vor Augen führt, dass Justiz einen absoluten Kernbereich staatlicher Aufgabenwahrnehmung darstellt und den Menschen Sicherheit und Verlässlichkeit geben soll, so muss die Senatorin insbesondere vor diesem Hintergrund darauf achten, dass die Berlinerinnen und Berliner das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht verlieren.

Die Justizsenatorin steht immer stärker unter Druck. Das sage nicht nur ich, sondern das sagt beispielsweise auch die „BZ“ vom 22. Mai 2007.

Da ich mit Ihrer Reaktion gerechnet habe, fahre ich fort. – Die „Morgenpost“ vom selben Tag schreibt: „Justizsenatorin und Behörde völlig zerstritten.“ Der „Tagesspiegel“ vom 21. Mai 2007 fasst die Situation unter der Überschrift „Krach in der Berliner Justiz“ zusammen.

Damit habe ich – bis vielleicht auf die Damen und Herren, die hier ganz links sitzen – für jeden eine adäquate Zeitung gefunden. Anlass dieser von mir eben zuletzt genannten Berichterstattung war der Schnellschuss der Senatorin im Umgang mit dem Interview eines Berliner Oberstaatsanwalts mit dem Magazin „Der Spiegel“. Der Umgang von Frau von der Aue mit dem Oberstaatsanwalt Reusch und dessen Äußerungen in dem eben genannten Nachrichtenmagazin geht sowohl am Maßstab von Stil und Form gemessen als auch in der Sache fehl.

Zunächst will ich kurz auf die aufgeworfene Stilfrage eingehen. Vor genau zwei Wochen stand die Senatorin an dieser Stelle und kritisierte die Union dafür, dass wir angeblich Mitarbeiter der Justiz unter Verdacht stellen würden. Anlass war damals unser Antrag „Sofortprogramm für die Berliner Justiz, Teil I, Strafvollzug“. In fast schon peinlicher pathetischer Art und Weise stellte sich die Senatorin vermeintlich vor die Mitarbeiter, insbesondere geschah dies auch ohne jeden Grund. Das gilt aber offensichtlich nur dann, wenn es geeignet ist, die CDU anzugreifen. Schon SPD-Staatssekretär a. D. Flügge sieht das anders. Im Rechtausschuss am 16. Mai, in dem Herr Flügge freiwillig auftrat, kam es zu einem Showdown zwischen SPD-Senatorin und Ex-SPD-Staatssekretär, in dessen Verlauf Herr Flügge das von der Senatorin gewählte Verfahren als rechtsstaatswidrig und als Aufforderung zum Denunziantentum bezeichnete. Am Ende seiner Ausführungen stellte Herr Flügge fest: Sowohl aktiven Bediensteten als auch Ruhestandsbeamten gegenüber hat die Senatorin eine Fürsorgepflicht.

Wie ist es nun mit Herrn Oberstaatsanwalt Reusch, der sich in ungewöhnlicher Weise zu Wort gemeldet hat, was uns nur zeigen sollte, wie brisant das Problem der Jugendkriminalität in Berlin ist? – Das Verhalten der Senatorin, die dem Oberstaatsanwalt sozusagen über die Medien disziplinarrechtliche Schritte in Aussicht stellt, wird von der Vereinigung der Berliner Staatsanwälte e. V. als „forsch am Ziel vorbei“ gebrandmarkt. Die erste Vorsitzende dieser Interessenvertretung der Berliner Staatsanwälte, Frau Vera Junker, ist bezeichnenderweise aktive Sozialdemokratin. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der SPD Hermsdorf, Mitglied im Kreisvorstand der SPD Reinickendorf, Mitglied im Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen usw.

Diese Dame führt aus: Der faire Umgang miteinander und die beamten-rechtliche Fürsorgepflicht gebieten es vielmehr, Maßnahmen gegen einen einzelnen Beamten nicht mit Pressebegleitmusik zu umrahmen. Also: Die Senatorin steht von allen Seiten unter Beschuss. Sie bekommt ihren Laden nicht in den Griff, und die eigene Partei begehrt offenbar auf. Sie steht wohl innerparteilich stark unter Druck. Sie ist jetzt

zwingend aufgerufen, ihren Umgang mit den Mitarbeitern zu überdenken und nicht aufgrund des Drucks von allen Seiten überzureagieren.

Die „Berliner Zeitung“ vom 23. Mai – also von gestern – titelt deshalb schon mit der Bezeichnung „Frau Gnadenlos“ und berichtet von höchster Verunsicherung und von einem Klima der Angst bei den Mitarbeitern in der Senatsverwaltung für Justiz. Ich fordere Sie, Frau von der Aue, auf: Seien Sie nicht gnadenlos gegen die Mitarbeiter der Justiz, sondern seien Sie gnadenlos gegen Kriminelle, gegen zu viel Bürokratie in Ihrer Behörde und bei den Berliner Gerichten! Seien Sie gnadenlos gegen die Missstände in den Haftanstalten!

Ich darf jetzt in der Sache auf die Äußerungen des Herrn Oberstaatsanwalts Reusch in dem genannten Interview eingehen. Herr Reusch sagte unter anderem, dass die Staatsanwälte in ihrer täglichen Arbeit sehen, dass das Problem förmlich explodiere. Gemeint ist das Problem der jugendlichen Gewalttäter.

Ferner stellte er dar – mit Erlaubnis der Frau Präsidentin zitiere ich –:

Wir haben festgestellt, dass die herkömmlichen Methoden unsere Klientel kaum erreichen. Freizeitarbeit, Ermahnungsgespräche, Betreuungsanweisungen, soziale Trainingskurse – das alles perlt an denen ab. Selbst Verhandlungen vor Gericht lassen sie in gelangweilt belästigter Attitüde über sich ergehen. Erst wenn sie einmal im Knast saßen, bessern sie sich in der Regel.

Ich hätte nun erwartet, Frau Senatorin, dass Sie diese Aussagen eines anerkannten Fachmanns zum Anlass nehmen, um zu handeln, Problemlösungen aufzuzeigen.

Was ist stattdessen passiert? – Dem Fachmann wird quasi ein Maukorb verpasst, indem ihm ohne Chance auf adäquate Gegenwehr via Medien mitgeteilt wird, dass nun gegen ihn zu ermitteln ist. Wir fordern Sie auf, Frau von der Aue: Kehren Sie um auf Ihrem Irrweg und führen Sie eine notwendige, die Probleme ehrlich benennende Debatte. Es ist höchste Zeit, denn im November des letzten Jahres äußerten sich Jugendrichter in einem Interview des „Tagesspiegels“ und brachten, um es hier auf den Punkt zu bringen, ihre Verzweiflung im Bereich der Bekämpfung der Jugendkriminalität zum Ausdruck.

Was ist seitdem passiert? Was hat die Senatorin unternommen? – Nichts! Im Februar 2007 gab der nunmehr pensionierte Leiter der JVA Tegel ein Interview und sagte, der Zeitpunkt möglicher erheblicher Gefährdung von Sicherheit und Ordnung der Anstalt rücke immer näher. Was ist seitdem passiert? Was hat die Senatorin unternommen? – Auch hier die selbe Antwort: Nichts! – Noch ein Beispiel, ebenfalls aus Februar 2007: Der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz teilte mit, dass die innere Sicherheit in Haftanstalten auf das Höchste gefährdet sei. Was ist seitdem passiert? Was hat die Senatorin unternommen? – Nichts!

Frau Senatorin! Nutzen Sie dieses Mal die Chance, Verbesserungen in Ihrem Bereich zuzulassen. Bemühen Sie nicht hektisch das Disziplinarrecht. Zwingen Sie uns nicht weiter dazu, Sie zum Jagen tragen zu müssen, sondern handeln Sie!